

Stand: 12.05.2024 16:19:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6174

"Bericht über praktische Probleme der forensischen Unterbringung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/6174 vom 05.02.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8917 des SO vom 02.07.2020
3. Beschluss des Plenums 18/10041 vom 23.09.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 23.09.2020



Antrag

der Abgeordneten **Christian Flisek, Doris Rauscher, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

Bericht über praktische Probleme der forensischen Unterbringung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die nachfolgenden praktischen Probleme der forensischen Unterbringung zu berichten:

1. Mit welchen rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten werden in Bayern Personen unterstützt, die nach Ablehnung eines Antrags auf Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus aus dem Gerichtssaal in die Freiheit entlassen werden, um eine Verschlechterung ihres Krankheitsbildes und eine erneute Straffälligkeit zu vermeiden?
2. Wie ist der Bestand und welche Einrichtungen des betreuten Wohnens für psychisch kranke Personen, bei denen die Aussetzung der Unterbringung zur Bewährung in Betracht kommt, gibt es in Bayern? Wie hoch schätzt die Staatsregierung den Fehlbestand an Wohnheimplätzen in diesen Einrichtungen zur Sicherstellung der Versorgung ein?
3. Welche Maßnahmen erachtet die Staatsregierung für erforderlich, um in strafgerichtlichen Unterbringungsverfahren die rechtzeitige Vorbereitung eines adäquaten sozialen Empfangsraums für psychisch kranke Personen, bei denen die Aussetzung der Unterbringung zur Bewährung in Betracht kommt, zu gewährleisten?
4. Welche rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten gibt es in Bayern, ausländische und sprachunkundige Beschuldigte bei der Rückkehr in ihre Heimatländer und der dortigen Aufnahme von Behandlungsmaßnahmen zu unterstützen?
5. Hat die Gerichtshilfe an den Landgerichten die Aufgabe und ist sie in der Lage, soziale Hilfeleistungen im Sinne einer akuten Soforthilfe für Personen, die nach Abschluss eines gerichtlichen Unterbringungsverfahrens in die Freiheit entlassen werden, zu erbringen und wie müsste sie personell gestärkt werden, um diese Aufgabe adäquat erledigen zu können?
6. Sollte eine andere Stelle bei den Landgerichten eingerichtet werden, die mit der Erbringung sozialer Hilfeleistungen im Sinne einer akuten Soforthilfe für Personen, die nach Abschluss eines gerichtlichen Unterbringungsverfahrens in die Freiheit entlassen werden, betraut ist?
7. Werden Fortbildungen für mit Unterbringungssachen befasste Richter und andere Organe der Strafrechtspflege angeboten und wird in diesen Fortbildungen auch über die bestehenden Strukturen und Angebote an sozialtherapeutischen Einrichtungen und solchen des betreuten Wohnens sowie über die Möglichkeiten des Umgangs mit ausländischen und sprachunkundigen Betroffenen informiert?

8. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Staatsanwaltschaften und Gerichte sowie die Unterbringungseinrichtungen für eine frühzeitige Klärung der Voraussetzungen einer Aussetzung zur Bewährung und die Notwendigkeit der Gewährung angemessen frühzeitiger Lockerungen zu sensibilisieren?
9. Unterstützt die Staatsregierung die Bezirke und auch die Kommunen bei einer Ausweitung von Angeboten für betroffene Personen im Hinblick auf die Bereitstellung eines angemessenen sozialen Empfangsraums und in welcher Höhe werden hierfür jährlich Finanzmittel aus dem Staatshaushalt gewährt?
10. Sieht die Staatsregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf
 - a) auf Landesebene im Bayerischen Maßregelvollzugsgesetz (BayMRVG) hinsichtlich
 - aa) der Verankerung eines Auftrags zur frühzeitigen Prüfung der Möglichkeiten und Voraussetzungen einer späteren Aussetzung der Unterbringung zur Bewährung und
 - bb) einer Verlängerung der Möglichkeit zur freiwilligen Rückkehr in die Unterbringungseinrichtung, in der die einstweilige Unterbringung vollzogen wurde,
 - b) auf Bundesebene im Strafgesetzbuch (StGB) und im Rechtsanwaltsvergütungsgesetz hinsichtlich
 - aa) einer engeren Einhegung der Anordnungsvoraussetzungen des § 64 StGB,
 - bb) einer Abschaffung der Halbstrafenregelung in § 67 Abs. 5 Satz 1 i. V. m. § 57 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 StGB und
 - cc) einer Anhebung der Gebührensätze für Rechtsanwälte bei besonderem Aufwand des Verteidigers im Zusammenhang mit einem Auslandsbezug eines Unterbringungsverfahrens?

Begründung:

- 1.1 In der tatgerichtlichen Praxis stößt insbesondere bei Maßnahmen nach § 63 StGB (Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus) die in § 67b StGB vorgesehene Möglichkeit, eine Unterbringung im Strafurteil anzuordnen und deren Vollstreckung zugleich zur Bewährung auszusetzen, auf Schwierigkeiten, weil wichtige Voraussetzungen, wie etwa die Einstellung der Depotmedikation, Platz für betreutes Wohnen, sozialer Empfangsraum, zum Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung nicht geklärt sind. Zum Teil wird unter solchen Umständen von Tatgerichten von einer Aussetzung zur Bewährung abgesehen. Zum Teil werden Hauptverhandlungen zur Klärung und Herbeiführung der Voraussetzungen für eine Aussetzung zur Bewährung ausgesetzt (§§ 228, 229 Strafprozessordnung – StPO), was zu einem längeren Verbleib betroffener Personen in der einstweiligen Unterbringung führt und einen ineffizienten Ressourceneinsatz bei den Gerichten beinhaltet.
- 1.2. Auch bei der Aussetzung einer bereits vollzogenen Unterbringung zur Bewährung durch das Vollstreckungsgericht (§ 67d Abs. 2 StGB) bestehen gravierende praktische Defizite. Eine derartige Aussetzung kommt regelmäßig erst nach dem Durchlaufen mehrerer Lockerungsstufen in Betracht. Die vollstreckungsgerichtliche Erfahrung zeigt jedoch, dass seitens der Unterbringungsanstalten Lockerungen oft viel zu spät und zu zögerlich oder, bei schweren Anlasstaten, gar nicht gewährt werden.
- 1.3. In der tatgerichtlichen Praxis stellt sich auch häufig das Problem, dass psychisch kranke Beschuldigte bei einer Ablehnung des Antrags auf Unterbringung aus dem Gerichtssaal in die Freiheit entlassen werden und damit von einem Moment auf den anderen die für sie wichtigen stützenden Strukturen verlieren. Dies erhöht beträchtlich die Gefahr einer akuten Verschlechterung des Krankheitsbildes und erneuten Straffälligkeit.

1.4. Die Behandlung von nach § 64 StGB in einer Entziehungsanstalt untergebrachten Personen leidet an der massiven Überbelegung dieser Einrichtungen (vgl. zur Problematik Schalast, NSTZ 2017, 433; Querengässer/Ross/Bulla/Hoffmann, NSTZ 2016, 508; jew. m. w. N.). Ursachen hierfür werden im rechtswissenschaftlichen Schrifttum in einer zunehmend weiten Auslegung der Voraussetzungen des § 64 StGB durch die höchstrichterliche Rechtsprechung und in einem Fehlanreiz durch die Möglichkeit der Halbstrafenbewährung (auch bei massiv vorbestraften und zusätzlich wegen anderer als hangbezogener Delikte verurteilten Straftätern) bei erfolgreichem Durchlaufen der Therapie (§ 67 Abs. 5 Satz 1 i. V. m. § 57 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 StGB) gesehen. Entsprechender Reformbedarf wird nach dem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 13.06.2019 derzeit von der Staatsregierung geprüft.

1.5. Die vorstehend geschilderten praktischen Probleme stellen sich in verschärfter und abgewandelter Weise bei ausländischen und sprachunkundigen Beschuldigten. So ergeben sich für solche Beschuldigten, die in die Freiheit entlassen werden, häufig besondere Herausforderungen, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren möchten, z. B. die Beschaffung eines Reisepasses, die konsularische Betreuung, das Aufbringen der Reisekosten etc. Sprachunkundigkeit stellt für therapeutische Maßnahmen, die zu einem Großteil Gesprächstherapien umfassen, ein gravierendes faktisches Hindernis dar, lässt aber nach den Maßstäben der höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht ohne weiteres die Erfolgsaussicht entfallen. Therapeutische Maßnahmen in den Heimatstaaten, wo häufig auch ein geeigneter sozialer Empfangsraum besteht, erscheinen unter Resozialisierungsgesichtspunkten meist zielführender und werden von Betroffenen auch gewünscht. Sie begegnen aber erheblichen organisatorischen Herausforderungen, unter anderem hinsichtlich der Feststellung, ob ein geeigneter Empfangsraum und therapeutische Angebote zur Verfügung stehen und auf welche Weise die Einhaltung von Bewährungsaufgaben verlässlich kontrolliert werden kann. Grundsätzlich sind im geltenden Recht solche Maßnahmen im Ausland bei einer Aussetzung der Unterbringung zur Bewährung denkbar. § 67 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 Satz 2 und 3 StGB erlauben ferner die Anordnung des Vorwegvollzugs von Freiheitsstrafe vor einer Maßregel, wenn die Ausreise der verurteilten Person zu erwarten ist. Nach § 154b Abs. 3 und 4 StPO ist im Falle einer Abschiebung das Absehen von der Verfolgung möglich.

Der Umgang mit ausländischen und sprachunkundigen Beschuldigten stellt den Maßregelvollzug vor besondere Herausforderungen, für deren Bewältigung bislang ausreichende organisatorische Strukturen fehlen. Die – praktisch häufige – Verneinung der Erfolgsaussichten einer Therapie wegen Sprachunkundigkeit ist nicht akzeptabel. Wichtige praktische Hilfestellungen von Verteidigern ausländischer und sprachunkundigen Betroffener, die zusätzlichen Aufwand erfordern, schlagen sich in der anwaltlichen Vergütung nicht nieder. Die Tatgerichte haben häufig keine Kenntnis über den aufenthaltsrechtlichen Status solcher Beschuldigter.

2.1. Für die Aussetzung der forensischen Unterbringung zur Bewährung bereits im Strafurteil, ist die möglichst frühzeitige Klärung und Herbeiführung der Voraussetzungen für die Aussetzung der Unterbringung zur Bewährung dringend geboten. Die praktischen Erfahrungen legen allerdings nahe, dass eine entsprechende Klärung während des Vollzugs der einstweiligen Unterbringung bislang nicht oder nur unzureichend stattfindet. Dem Strafverteidiger kommt dabei oftmals die wichtige Rolle zu, im Dialog mit den behandelnden Ärzten in geeigneten Fällen die Voraussetzungen für eine Aussetzung zu klären und herbeizuführen. Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, dass ein Verteidiger bislang wenig Einfluss auf die Auswahl des forensischen Sachverständigen hat, von dem entscheidend die frühzeitige und sorgfältige Prüfung der Voraussetzungen für eine Aussetzung der Unterbringung zur Bewährung durch das Gericht abhängt. Angesichts der Vielzahl verschiedener psychiatrischer Erkrankungen gibt es darüber hinaus auch zu wenige spezialisierte Wohneinrichtungen für eine adäquate Unterbringung der Betroffenen.

Eine gesetzgeberische Steuerungsmöglichkeit könnte darin liegen, in das auch für den Vollzug der einstweiligen Unterbringung maßgebliche Bayerische Maßregelvollzugsgesetz (BayMRVG) eine Regelung aufzunehmen, die zu einer frühzeitigen

Prüfung der Voraussetzungen für eine spätere Aussetzung zwingt. Sinnvoll erscheint auch die möglichst frühzeitige Einbindung des Betreuungsgerichts durch die Staatsanwaltschaft oder das Tatgericht. Ein gerichtlich bestellter Betreuer könnte unter anderem auf die Gewährleistung eines adäquaten Empfangsraums hinwirken. Auf Bezirksebene müssten hierzu allerdings zusätzliche Kapazitäten an spezialisierten Plätzen für betreutes Wohnen geschaffen werden.

- 2.2. Bei der Aussetzung einer bereits vollzogenen Unterbringung zur Bewährung ist im Hinblick auf den unter 1.2. dargestellten Problemaufriss die Schaffung einheitlicher Standards dringend erforderlich. In einem ersten Schritt sollte eine Sensibilisierung der Unterbringungsanstalten für diese Problematik erfolgen.
- 2.3. Bei der Ablehnung des Antrags auf Unterbringung des Straftäters durch das Gericht bedarf der Betroffene in einer solchen Situation einer wirksamen Unterstützung. Hierfür müssen Strukturen geschaffen werden. Die Hilfe für die Betroffenen darf nicht allein vom Engagement des Verteidigers abhängen. Die Kompetenzen der Gerichtshilfe könnten zu diesem Zweck ausgebaut werden, um Betroffene nach dem Ende der Hauptverhandlung in Empfang zu nehmen und sie hinsichtlich akuter Probleme, wie Heimreise, vorübergehender Unterbringung oder Kontaktaufnahme mit Krisendiensten im Sinn des Art. 1 Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) zu unterstützen. Eine Befugnis der Gerichtshilfe zur Vermittlung erster sozialer Hilfsmaßnahmen in dringenden Fällen ist bereits im geltenden Recht in Ziff. 4.2.2 der Bekanntmachung des Staatsministeriums der Justiz über die Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und Gerichtshilfe (BewHBek) vom 16.02.2017 (JMBl. S. 18), die durch Bekanntmachung vom 28.11.2018 (JMBl. S. 129) geändert worden ist, verankert. Alternativ könnte auch – entsprechend der Zeugenschutzstelle – bei den Gerichten eine andere spezialisierte Stelle geschaffen werden. Auch die Etablierung einer engen Zusammenarbeit mit einer kommunalen Stelle – etwa dem Gesundheitsamt –, die eine entlassene Person in Empfang nehmen könnte, käme in Betracht. Außerdem wäre eine zeitlich unbefristete Ausweitung des Art. 36 BayMRVG nach dem Vorbild von Art. 120 Bayerisches Strafvollzugsgesetz (BayStVollzG) denkbar. Die in Art. 36 BayMRVG vorgesehene Möglichkeit der freiwilligen Rückkehr in die Unterbringungseinrichtung bis maximal zum Vormittag des zweiten auf die Entlassung folgenden Tages ist äußerst unzureichend.
- 2.4. Die Überbelegung der Entziehungsanstalten macht die Erforderlichkeit einer Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen der Unterbringung gemäß § 64 StGB deutlich. Expertinnen und Experten sehen einen Reformbedarf bei den gesetzlichen Regelungen und die Notwendigkeit, das vorhandene Therapieangebot stärker auf Personen mit schweren Abhängigkeitserkrankungen zu fokussieren. Mögliche Ansatzpunkte sind eine Begrenzung der Maßnahme auf Anlasstaten einer qualifizierten Schwere (ähnlich § 63 Satz 1 StGB), die Ersetzung des normativ geprägten Begriffs des „Hangs“ durch den medizinischen der Abhängigkeitserkrankung, eine Aufwertung des Erfordernisses der Erfolgsaussicht einer Therapie und die Streichung der Halbstrafenbewährung bei erfolgreichem Abschluss der Therapie.
- 2.5. Bei ausländischen und sprachunkundigen Beschuldigten erscheinen grundsätzlich eine möglichst frühzeitige Klärung von Behandlungsmöglichkeiten im Heimatland des Beschuldigten, eine Binnenstrukturierung des Maßregelvollzugs nach Sprachzugehörigkeiten, ein engerer Austausch der Tatgerichte und Ausländerbehörden über den aufenthaltsrechtlichen Status sowie eine besondere Vergütung von Tätigkeiten der Verteidiger im Zusammenhang mit der Organisation von Behandlungsmöglichkeiten im Ausland zielführend. Als erster Schritt wäre eine Handreichung der Landesjustizverwaltung für die Staatsanwaltschaften und Gerichte mit einer Darstellung bestehender Handlungsoptionen hilfreich.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Doris Rauscher, Horst Arnold u.a.
SPD
Drs. 18/6174**

Bericht über praktische Probleme der forensischen Unterbringung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin:	Doris Rauscher
Mitberichterstatter:	Dr. Stephan Oetzinger

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 14. Mai 2020 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 2. Juli 2020 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Christian Flisek, Doris Rauscher, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 18/6174, 18/8917

Bericht über praktische Probleme der forensischen Unterbringung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die nachfolgenden praktischen Probleme der forensischen Unterbringung zu berichten:

1. Mit welchen rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten werden in Bayern Personen unterstützt, die nach Ablehnung eines Antrags auf Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus aus dem Gerichtssaal in die Freiheit entlassen werden, um eine Verschlechterung ihres Krankheitsbildes und eine erneute Straffälligkeit zu vermeiden?
2. Wie ist der Bestand und welche Einrichtungen des betreuten Wohnens für psychisch kranke Personen, bei denen die Aussetzung der Unterbringung zur Bewährung in Betracht kommt, gibt es in Bayern? Wie hoch schätzt die Staatsregierung den Fehlbestand an Wohnheimplätzen in diesen Einrichtungen zur Sicherstellung der Versorgung ein?
3. Welche Maßnahmen erachtet die Staatsregierung für erforderlich, um in strafgerichtlichen Unterbringungsverfahren die rechtzeitige Vorbereitung eines adäquaten sozialen Empfangsraums für psychisch kranke Personen, bei denen die Aussetzung der Unterbringung zur Bewährung in Betracht kommt, zu gewährleisten?
4. Welche rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten gibt es in Bayern, ausländische und sprachunkundige Beschuldigte bei der Rückkehr in ihre Heimatländer und der dortigen Aufnahme von Behandlungsmaßnahmen zu unterstützen?
5. Hat die Gerichtshilfe an den Landgerichten die Aufgabe und ist sie in der Lage, soziale Hilfeleistungen im Sinne einer akuten Soforthilfe für Personen, die nach Abschluss eines gerichtlichen Unterbringungsverfahrens in die Freiheit entlassen werden, zu erbringen und wie müsste sie personell gestärkt werden, um diese Aufgabe adäquat erledigen zu können?
6. Sollte eine andere Stelle bei den Landgerichten eingerichtet werden, die mit der Erbringung sozialer Hilfeleistungen im Sinne einer akuten Soforthilfe für Personen, die nach Abschluss eines gerichtlichen Unterbringungsverfahrens in die Freiheit entlassen werden, betraut ist?

7. Werden Fortbildungen für mit Unterbringungssachen befasste Richter und andere Organe der Strafrechtspflege angeboten und wird in diesen Fortbildungen auch über die bestehenden Strukturen und Angebote an sozialtherapeutischen Einrichtungen und solchen des betreuten Wohnens sowie über die Möglichkeiten des Umgangs mit ausländischen und sprachunkundigen Betroffenen informiert?
8. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Staatsanwaltschaften und Gerichte sowie die Unterbringungseinrichtungen für eine frühzeitige Klärung der Voraussetzungen einer Aussetzung zur Bewährung und die Notwendigkeit der Gewährung angemessen frühzeitiger Lockerungen zu sensibilisieren?
9. Unterstützt die Staatsregierung die Bezirke und auch die Kommunen bei einer Ausweitung von Angeboten für betroffene Personen im Hinblick auf die Bereitstellung eines angemessenen sozialen Empfangsraums und in welcher Höhe werden hierfür jährlich Finanzmittel aus dem Staatshaushalt gewährt?
10. Sieht die Staatsregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf
 - a) auf Landesebene im Bayerischen Maßregelvollzugsgesetz (BayMRVG) hinsichtlich
 - aa) der Verankerung eines Auftrags zur frühzeitigen Prüfung der Möglichkeiten und Voraussetzungen einer späteren Aussetzung der Unterbringung zur Bewährung und
 - bb) einer Verlängerung der Möglichkeit zur freiwilligen Rückkehr in die Unterbringungseinrichtung, in der die einstweilige Unterbringung vollzogen wurde,
 - b) auf Bundesebene im Strafgesetzbuch (StGB) und im Rechtsanwaltsvergütungsgesetz hinsichtlich
 - aa) einer engeren Einhegung der Anordnungsvoraussetzungen des § 64 StGB,
 - bb) einer Abschaffung der Halbstrafenregelung in § 67 Abs. 5 Satz 1 i. V. m. § 57 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 StGB und
 - cc) einer Anhebung der Gebührensätze für Rechtsanwälte bei besonderem Aufwand des Verteidigers im Zusammenhang mit einem Auslandsbezug eines Unterbringungsverfahrens?

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat die Europaangelegenheiten unter den Nummern 1 und 2 in seiner gestrigen Sitzung endberaten und jeweils der Stellungnahme des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zugestimmt.

Die Beschlüsse des Landtags hierzu werden unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD. Gegenstimmen? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Enthaltungen?

– Bei Enthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Plenk. Dann übernimmt hiermit der Landtag die Voten.

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Evaluation of the EU agricultural promotion policy
08.05.2020 - 11.09.2020
Drs. 18/8309, 18/9840 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

[illegible]

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Doris Rauscher, Horst Arnold u.a. SPD
Bericht über praktische Probleme der forensischen Unterbringung
Drs. 18/6174, 18/8917 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Das bayerische Handwerk im technologischen Wandel begleiten
Drs. 18/6350, 18/9747 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

[illegible]

5. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger u.a. CSU Routerfreiheit - Wahrung des liberalisierten Endgerätemarkts Drs. 18/6529, 18/9748 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

6. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Inge Aures, Markus Rinderspacher u.a. SPD „Gutachten Digitale Transformation“ vorstellen Drs. 18/6564, 18/9749 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner SPD Zukunft der Biogasproduktion in Bayern Drs. 18/6567, 18/9750 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	ENTH	☒	ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Existenzgründerinnen fördern I: Institutionelle Förderung für „guide - Beratung und Unterstützung für Existenzgründerinnen“
Drs. 18/6690, 18/9751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Existenzgründerinnen fördern II: Beratung und Unterstützung für Existenzgründerinnen auch in Nordbayern
Drs. 18/6691, 18/9752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Existenzgründerinnen fördern III: Gründerinnenpreis
Drs. 18/6692, 18/9753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Existenzgründerinnen fördern IV: Forum zur Förderung von Gründerinnen und Unternehmerinnen einrichten
Drs. 18/6693, 18/9754 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Existenzgründerinnen fördern V: Coachingprogramm für Frauen
Drs. 18/6694, 18/9755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

13. Antrag der Abgeordneten Sandro Kirchner, Alexander König, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Photovoltaik-Freiflächenanlagen ohne zusätzlichen Ausgleichsbedarf zum Regelfall machen
Drs. 18/6769, 18/9756 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☒	☒	☒

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Eric Beißwenger, Sandro Kirchner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umwelt und Wirtschaft gemeinsam denken - Bayern zum Leitmarkt für Clean Economy entwickeln
Drs. 18/6770, 18/9757 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

15. Antrag der Abgeordneten Sandro Kirchner, Eric Beißwenger, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Versorgungssicherheit und Systemstabilität in Bayern - Ausschreibung der besonderen netztechnischen Betriebsmittel zügig zum Abschluss bringen
Drs. 18/7113, 18/9758 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒	☒ ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt für Geflüchtete eröffnen
Drs. 18/7172, 18/9736 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒ A	☒	☒

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Eric Beißwenger, Sandro Kirchner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sonderprogramm für „ökologischen Lärmschutz“ mit integrierter Photovoltaikanlage schaffen
Drs. 18/7587, 18/8921 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

18. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffrers und Fraktion (AfD)
NEIN zum Überwachungsstaat - NEIN zur verpflichtender Corona-App
Vehemente Verteidigung der Freiheit, Grund- und Menschenrechte
Drs. 18/7603, 18/9737 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Touristische Verkehre auf der Schiene bestellen
Drs. 18/7617, 18/8922 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

[illegible]

- Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

[illegible]

- Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Corona-Krise-Transparenz-Gesetz
Drs. 18/7775, 18/9738 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betroffene besser informieren - jetzt Augsburg ins ePIN aufnehmen
Drs. 18/7781, 18/9679 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Grenzwertwahn beenden: Für realitätsnahe und objektive Schadstoffmessungen in Bayern
Drs. 18/7824, 18/9267 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

26. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Tierschutz auch auf bayerischen Straßen konsequent durchsetzen:
Mehr Wildbrücken für Bayern
Drs. 18/7838, 18/9268 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten

27. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Zahlungsmoral-Offensive des Freistaates durchführen
Drs. 18/7839, 18/9675 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☒

28. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Altgeräte-Pfand für besseren Ressourcenschutz einführen
Drs. 18/7842, 18/9269 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Enthaltung“ zugrunde zu legen.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fischmonitoring auf Perfluorooctansulfonsäure in bayerischen Flüssen
Drs. 18/7843, 18/9270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wissenschaftliche Begleitung der partiellen Schulöffnung in der Corona-Krise in Bayern
Drs. 18/7855, 18/9656 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Chancengleichheit und psychosoziale Auswirkungen des Lockdowns II: Situation von Schülerinnen und Schülern in Bayern
Drs. 18/7856, 18/9657 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

32. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Aufstrebende Startups weiter unterstützen - Förderprogramm verlängern statt Rettung durch staatliche Hilfsprogramme
Drs. 18/7858, 18/9759 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

- Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

- Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	ENTH

- Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen des Katastrophenfalls
Drs. 18/8019, 18/9696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

46. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Markus Rinderspacher SPD
Urlaub dahoam - Bericht zu Fördermöglichkeiten und Kapazitäten im Bereich Urlaub auf dem Bauernhof
Drs. 18/8022, 18/8942 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

47. Antrag der Abgeordneten Uli Henkel, Franz Bergmüller, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Airbnb einschränken
Drs. 18/8026, 18/9669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hauswirtschaftliche Fortbildung an den Landwirtschaftsschulen
zeitgemäß und nachhaltig gestalten
Drs. 18/8057, 18/8943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über den aktuellen Stand der Unterrichtsversorgung für das
Schuljahr 2020/2021
Drs. 18/8096, 18/9658 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Studie zu Vorerkrankungen bei COVID-19
Drs. 18/8097, 18/9681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flughafenentgeltordnung gestalten - Rechte als Mehrheitsgesellschafterin nutzen!
Drs. 18/8099, 18/9677 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europäischer Schüler- und Jugendaustausch für alle IV:
Zusammenhalt in und Ausbau nach der Krise
Drs. 18/8109, 18/8875 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐ ENTH

53. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Umsetzung der Wildtierkorridore in Bayern
Drs. 18/8139, 18/9272 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐ ENTH	☒	☒

54. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Corona-Frühwarnsystem erweitern und transparent gestalten!
Drs. 18/8142, 18/9682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

55. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Schutz vor PFC-Umweltgiften II - Maßnahmen beschleunigen und PFC-Verschmutzungen bereinigen!
Drs. 18/8144, 18/9273 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatsexamen für Lehramtsstudierende auch in Zeiten von Corona fair gestalten
Drs. 18/8145, 18/9659 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Votum des mitberatenden Ausschusses
für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

57. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Historische Chance nutzen: Ultrafeinstaub-Messungen am Flughafen München schnellstmöglich beginnen!
Drs. 18/8146, 18/9274 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

58. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Schulbetrieb in Bayern in Zeiten der Corona-Krise
Drs. 18/8151, 18/9660 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

59. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Studie zu Anreizwirkung der Entgeltordnung am Flughafen München initiieren
Drs. 18/8156, 18/9678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

60. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Dr. Simone Strohmayr, Stefan Schuster u.a. SPD
COVID-19: Solidarität mit Afrika
Drs. 18/8158, 18/8876 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

61. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Dr. Simone Strohmayr, Stefan Schuster u.a. SPD
EU-Libyen-Politik: Massive Menschenrechtsverletzungen beenden
Drs. 18/8160, 18/8877 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

62. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Ungarn: LGBTQ*-Diskriminierung beenden
Drs. 18/8191, 18/8878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP

- Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐ ENTH	☒	☒	☐ ENTH	☐ ENTH

- Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

[illegible]

66. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Schule in Zukunft I - Bildungsungleichheiten reduzieren
Drs. 18/8257, 18/9662 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

67. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Schule in Zukunft II - Individuelle Förderung als Leitlinie der Schulorganisation
Drs. 18/8258, 18/9663 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

68. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch u.a. SPD
Schule in Zukunft III - Leistungserhebung und -bewertung umstellen
Drs. 18/8259, 18/9664 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

69. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über den Stand der Brexitverhandlungen und Vorbereitungen auf einen möglichen harten Brexit
Drs. 18/8303, 18/9286 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

[illegible]

70. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Roland Magerl, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Black Lives Matter-Demonstrationen in Bayern
Drs. 18/8323, 18/9695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

71. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Damit den Verkehrsunternehmen kein „Corona-Knick“ droht - für eine geänderte Berechnung der ÖPNV-Ausgleichszahlungen
Drs. 18/8332, 18/9671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	ENTH	Z	ENTH

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

- Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐ ENTH	☐	☐ ENTH